



Ausgabe: Januar 2024

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 Bundesgericht	3
2.2 Kantonale Entscheide	4
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	4
3. Neue Volksinitiativen	5
4. Publikationen	6
5. Dokumentation und Kontakt	7



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZ 06.01.2023, S. 15

Im Zweifel für das Volksrecht: Bezirksrat Hinwil erklärt kommunale Initiativen gegen Windräder für gültig – Die kantonale Aufsicht fordert von den Gemeindeexekutiven, die Stimmberechtigten über die ungewisse Umsetzung zu informieren. ([Link](#))

NZZ 12.01.2023, S. 9

Europaabkommen: Die einen hoffen auf das Ständemehr, die anderen wollen es verhindern – Der Bundesrat hält sich bedeckt in der Frage, ob er das geplante EU-Vertragspaket dereinst Volk und Ständen vorlegen will oder nicht. Doch es gibt Präzedenzfälle für den Umgang mit wichtigen Abkommen – wie das Freihandelsabkommen und den EWR. ([Link](#))

NZZ 12.01.2023, S. 19

Politik ist der Austausch von Positionen – und nicht dessen Verhinderung – Das politische Establishment verengt die Debatte mit dem Argument, die Demokratie verteidigen zu müssen. Das gibt Rechtsaussen umso mehr Auftrieb. ([Link](#))

NZZ 13.01.2023, S. 1

Der Kampf ohne Augenmass gegen Trump und die AfD führt zum geistigen Bürgerkrieg – Im Jahr 2024 stehen Donald Trump und die AfD vor Wahlerfolgen. Das fördert bei ihren Gegnern die Hysterie. Sie greifen zu fragwürdigen Methoden. Doch die Demokratie lässt sich nicht mit undemokratischen Mitteln retten. ([Link](#))

NZZ 13.01.2023, S. 13

Der sonderbare Streit um den korrekten Wohnsitz: weshalb Ständerat Simon Stocker ernsthaft zittern muss – Magdalena Martullo-Blocher, Tiana Moser, Simon Stocker: Mit der Trennung von Berufs- und Privatleben werden Wohnsitzklauseln für politische Ämter zum Thema. Im Fall des Schaffhauser Ständerates wagen selbst Experten keine Prognose, ob die Wahl als gültig anerkannt wird. ([Link](#))

NZZ 17.01.2023, S. 17

Das deutsche Panikorchester: Die wehrhafte Demokratie ist in Wahrheit eine hyperventilierende Demokratie – Deutsche Politiker haben einen Hang zum Katastrophismus – das zeigt sich im Umgang mit dem Bauernprotest und einem angeblichen Geheimplan von Rechtsextremen. Aber ihre Warnungen haben sich abgenutzt. ([Link](#))

WOZ
DIE WOCHENZEITUNG 18.01.2023

Mit Beharrlichkeit und Solidarität – Nach dem Publikwerden rechter Deportationspläne demonstrieren in Deutschland Zehntausende gegen Rechtsextremismus. Aber der Zustand im Land ist bedrohlich. ([Link](#))



- NZZ 22.01.2023, S. 29
Schweizer Medien löschen bis zu 60 Prozent aller Leserkommentare. Das schadet der Demokratie – «Wir können nicht aufgrund von Befindlichkeiten alles wegmoderieren. So funktioniert ein offener Diskurs nicht», sagt Sophie Achermann, Geschäftsführerin der Public Discourse Foundation. Sie will den Hass aus dem Internet räumen. ([Link](#))
- NZZ 22.01.2023, S. 32
Durch Europa geht ein Riss: Die Demokratien im Westen stecken in einer Legitimationskrise – Souveränität der Bürger oder Herrschaft einer vernunftbegabten Elite? Zwei Vorstellungen von Demokratie prallen aufeinander. ([Link](#))
- Franfurter Allgemeine 23.01.2023
Urteil über Partei-Zuwendungen: Karlsruhe streicht NPD-Nachfolger staatliche Finanzierung – Die Partei, die heute „Die Heimat“ heißt, sei darauf ausgerichtet, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, urteilten die Richter in Karlsruhe. ([Link](#))
- NZZ 28.01.2023, S. 12
Demokratie nach Schweizer Modell: Wenn die AfD ins Schwärmen gerät – Die deutschen Rechtspopulisten wollen Volksabstimmungen. Sie sagen aber nicht, worüber sie gerne abstimmen würden. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 23. November 2023 ([1C 629/2023](#))

Ungültigerklärung der kommunalen Volksinitiative „12 Jahre sind genug! Initiative zur Beschränkung der Amtszeit für gewählte Behördenmitglieder“ – Der Beschwerdeführer erfüllt die Formanforderungen von Art. 42 BGG nicht, weshalb das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 12. Dezember 2023 ([1C 433/2022](#))

Ungültigerklärung Gemeindeinitiative "Hochdorf nutzt die Solarenergie" – Das Bundesgericht erachtet es nicht als willkürlich, dass die Vorinstanz eine geplante neue Abgabe als Steuer qualifizierte und hierfür keine kantonalesgesetzliche Grundlage, welche die Gemeinde zur Erhebung einer solchen Steuer ermächtigen würde, eruieren konnte – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 8. Januar 2024 ([1C 630/2023](#))

Kirchgemeindeversammlung der Römisch-katholischen Kirchgemeinde Winterthur vom 28. November 2023 – Der Beschwerdeführer sieht sich in diversen Grundrechten verletzt, da die Unterlagen der Versammlung nicht schon zwei Wochen vorher



zur Verfügung stünden und die Versammlung kein Traktandum „Anträge“ vorsehe – Mangels ausreichender Begründung gemäss Art. 42 BGG tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 21. Dezember 2023 ([VB.2023.00632](#))
Abstimmung vom 3. September 2023 betreffend den Bau einer dritten Verbrennungslinie in der KVA Hagenholz (Stadt Zürich) – Der Beschwerdeführer machte bei der Vorinstanz irreführende behördliche Abstimmungsinformationen geltend, diese trat auf die Beschwerde jedoch nicht ein, da die Beschwerde erst vier Tage vor dem Abstimmungstermin und somit verspätet eingereicht worden sei – Das Verwaltungsgericht schützt die Ansicht der Vorinstanz und weist die Beschwerde ab.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 2. November 2023 ([b. 958](#))
Beanstandung einer Gleichsetzung des Sechseläutens mit einer Versammlung des Ku-Klux-Klans in der Satiresendung „Das VAR's“ – Der Beschwerdeführer sieht die Menschenwürde sowie das Verbot der Verherrlichung von Gewalt als verletzt – Die UBI betont, dass Satire unter der Medienfreiheit besonderen Schutz genieße – Die Satire überzeichne die Wahrheit, besitze aber aufgrund eines Blackfacing Vorfalls in einem Zunfthaus auch einen wahren Tatsachenkern – Die UBI sieht Art. 4 Abs. 1 RTVG als nicht verletzt und weist die Beschwerde ab.



Entscheid der UBI vom 2. November 2023 ([b. 960](#))
Nichtveröffentlichung eines Online-Kommentars zu den Wahlen in der Türkei, in welchem der Beschwerdeführer „die Linken und die Grünen“ als verantwortlich für „die Kündigung der Menschenrechte“ erachtet – Die UBI anerkennt die schwierige Aufgabe der Community-Redaktion, alle Kommentare auf die Netiquette Richtlinie zu überprüfen, erachtet die Nichtveröffentlichung des Kommentars jedoch als unverhältnismässig und somit als Verletzung der Meinungsäusserungsfreiheit des Beschwerdeführers – Die UBI heisst die Beschwerde gut ([Link](#))



3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium (24) (+2)
- In Auszählung (2) (0)
- Beim Bundesrat hängig (6) (-1)
- Beim Parlament hängig (1) (+1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen (6) (0)



Botschaft des Bundesrates vom 10. Januar 2024

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)“ empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2024 109](#))



Mitteilung der Bundeskanzlei vom 15. Januar 2024

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Angemessene Arbeitsbedingungen für Chauffeusen und Chauffeure (Chauffeurinitiative)“ ist am 12. Januar 2024 unbenutzt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelstadium gescheitert. ([BBI 2024 68](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. Januar 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Gegen die Zerstörung unserer Wälder durch Windturbinen (Waldschutz-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis 30. Juli 2025. ([BBI 2024 177](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. Januar 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für wirksame Regulierungsmassnahmen gegen eine unkontrollierte Ausbreitung von Wolf, Luchs, Bär und Raubvögeln aller Art“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis 30. Juli 2025. ([BBI 2024 178](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. Januar 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks (Gemeindeschutz-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis 30. Juli 2025. ([BBI 2024 179](#))

¹ Stand 31.01.2024.



4. Publikationen



BIAGGINI GIOVANNI, Verfassungstheoretische und verfassungspraktische Betrachtungen zur Bundesstaatlichkeit, ZBI 125/2024, S. 3 ff. ([Swisslex](#))



DEEG PHILIPP, Maurice Pope: The Keys to Democracy (Rezension), DÖV 77/2024 S. 31 ([Link](#))



FISCHER MICHAELA, Kampagnenkommunikation: Weg von Zeitungsinseraten, hin zu sozialen Medien, DeFacto vom 30. Januar 2024 ([Link](#))



FRIEHE MATTHIAS, Henrik Eibenstein: Das mit Parité-Gesetzen verfolgte Leitbild der Gruppensouveränität vor dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip (Rezension), DÖV 77/2024, S. 30 ([Link](#))



GLASER ANDREAS, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 25. August 2023, [1C_399/2023](#) (Entscheidbesprechung), ZBI 125/2024, S. 23 ff. ([Swisslex](#))



GSCHWIND EVA, In Basel-Stadt droht das Diktat der Minderheit, DeFacto vom 23. Januar 2024 ([Link](#))



HOFMANN GABRIEL/SERDÜLT UWE, Digitale Partizipation – es braucht die Zusammenarbeit der Kantone, DeFacto vom 31. Januar 2024 ([Link](#))



JAAG TOBIAS, Verweisung auf sinngemäss anwendbare Regelungen, ZBI 124/2023, S. 625 f. ([Swisslex](#))



JORDAN SYLVAIN, Les gomettes des bulletins de vote sont-elles anticonstitutionnelles?, ZWR 2023, S. 335 ff. ([Swisslex](#))



KIRCHHOF PAUL, Gewissheiten einer Demokratie, DÖV 77/2024, S. 1 ff. ([Link](#))



LEHNER IRINA, Direkte Demokratie vs. EU-Recht? - Die Bewältigung von Konflikten zwischen Volksinitiativen und Personenfreizügigkeitsabkommen Schweiz–EU durch den schweizerischen Gesetzgeber am Beispiel der Masseneinwanderungsinitiative, DÖV 77/2024, S. 19 ff. ([Link](#))



LINIGER ISABEL, Warum wird den Abstimmungsfragen kein Prozess gemacht?, in: BOPP DOMINIK/KISTLER ALEXANDER/LISIK NATALIE/REBER KRISTOF (Hrsg.), Der Prozess, APARIUZ XXIV, Zürich 2023, 223 ff. ([Verlag](#)) ([Open Access](#))



SCHMID STEFAN G., „175 Jahre Bundesverfassung“ – eine Nachlese, ZBI 125/2024, S. 1 f. ([Swisslex](#))



SCHWARZ DAVID, Demokratische Nachhaltigkeit und intertemporale Legitimation, DÖV 77/2024, S. 11 ff. ([Link](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
Ist.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani, BLaw
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Isabel Liniger, MLaw